



Informationsblatt für Flatschach

Weg mit dem Regress!

Nur noch in der Steiermark gibt es die Zuzahlungspflicht (Regress) für Angehörige für den Aufenthalt im Pflegeheim oder für die Mindestsicherung. Das ist unsozial und ungerecht. Die KPÖ kämpft für die Abschaffung des Regresses.



Viele Menschen sind über den Regress empört. Die Familie Gosch aus Feldkirchen hat über 1.500 Unterschriften gesammelt und an KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler übergeben.

Wir sammeln Unterschriften für eine Petition an den Landtag. Diese Aktion läuft bis Mitte September. Steiermarkweit haben wir schon über 10.000 Unterschriften. Der Druck wächst.

Auch in den Gemeinderäten, in denen die KPÖ vertreten ist, stellen wir den Antrag die Gemeinden sollen vom Land die Abschaffung des Regresses fordern. In Knittelfeld, Spielberg oder Zeltweg wurden diese Anträge bereits angenommen. Auch die Gewerkschaft fordert die Abschaffung des Regresses. Das alles zeigt, der Druck an der Basis steigt. Nur die Landesspitze von SPÖ und ÖVP ist offensichtlich schon so abgehoben, dass sie keine Ahnung haben wie es den Menschen unten geht.

Wenn sich viele Menschen einbringen, besteht die Chance, dass SPÖ und ÖVP im Land gezwungen sind den Regress abzuschaffen.



Auf der Rückseite unserer Zeitung ist eine Unterschriftenliste. Bitte ausfüllen und einschicken!!!!

Jede Unterstützung ist wichtig. Dort wo die KPÖ im Gemeinderat vertreten ist, haben wir Anträge gestellt. Folgender Antrag wurde auf Initiative von KPÖ-GR Erich Wilding einstimmig beschlossen:

Der Gemeinderat der Stadt Spielberg spricht sich für die Abschaffung der Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und BezieherInnen von Mindestsicherung aus und fordert das Land Steiermark auf diesen Regress abzuschaffen und sich für eine österreichweit einheitliche Lösung einzusetzen.

Begründung: Bei bestimmten Leistungen, wie der Unterbringung in einem Pflegeheim oder dem Bezug der Mindestsicherung wird je nach Einkommen eine Zuzahlung (Regress) vorgeschrieben. Dabei haften Ehegatten, Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern.

Bereits ab einem Einkommen ab 1.286 Euro monatlich (1.500 Euro wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) muss ein Kostenrückersatz geleistet werden. Eine Indexanpassung gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

In unseren Sozialsprechstunden haben wir immer wieder gesehen wie unsozial der Regress ist. Eltern wollen ihre Kinder nicht belasten und verzichten daher oft auf Leistungen. Kinder wollen nicht von ihren Eltern abhängig sein.

Auch der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser meinte wörtlich: „Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“

Nach dem Wahlsieg der SPÖ in Kärnten wurde der Regress abgeschafft. Nun gibt es den Regress für Angehörige nur noch in der Steiermark. Das ist unsozial und eine Benachteiligung der SteirerInnen.

BürgermeisterInnenbezüge: Erhöhung um bis zu 54%



SPÖ und ÖVP nutzen die Gemeindegemeinschaften um auch die Bezüge der BürgermeisterInnen tüchtig anzuheben.

Berdem erhöht sich das BürgermeisterInnengehalt um weitere 25% wenn kein Nebenberuf ausübt wird. Neu sind auch Gehälter für OrtsteilbürgermeisterInnen. Hier geht es aber nicht nur um BürgermeisterInnen. Abgeleitet von diesem Bezug erhöhen sich automatisch die Einkommen der VizebürgermeisterInnen und des Gemeindevorstandes. Sie alle können sich über deutliche Erhöhungen freuen.

So wie es ein „Fusionszuckerl“ von bis zu 200.000 Euro für fusionswillige Gemeinden gibt, so fließt auch der Geldsegen für GemeindepolitikerInnen. Damit will man wohl den Widerstand gegen die Gemeindegemeinschaften abkaufen.

Ab 2014 werden die Bezüge der BürgermeisterInnen deutlich erhöht, je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8%. So bekommt der Spielberger Bürgermeister künftig 4.984 Euro. Welche andere Berufsgruppe (mit Ausnahme von Managern) kann sich über solche Steigerungen freuen?

Die Bezüge sollen künftig automatisch steigen. Au-

Die KPÖ lehnt das ab. Wir stimmten im Landtag dagegen. Die bisherigen Bezüge sind im Vergleich zu den Löhnen und Pensionen schon jetzt sehr hoch. Wir sind dafür die Bezüge in kleineren Gemeinden maßvoll zu erhöhen, aber wir sind gegen die Erhöhung in Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen und auch gegen die automatische Anpassung.

Wir fordern auch eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) für BürgermeisterInnen von Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen. Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als Nebenjob regiert werden. All diese Vorschläge hat die KPÖ im Landtag als Antrag eingebracht, sie wurden von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

BürgermeisterInnenbezüge, brutto monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Einwohner	jetzt	ab 2014	Einwohner	jetzt	2014
bis 500	1.495	2.077	7.001 - 10.000	4.320	5.399
501 - 1.000	1.875	2.492	10.001 - 20.000	5.399	
1.001 - 2.000	2.160	3.323	10.001 - 15.000*		6.230
2.001 - 3.000	2.575	3.738	15.001 - 20.000		7.061
3.001 - 5.000	2.824	4.153	20.001 - 30.000	7.060	7.892
5.001 - 7.000	3.655	4.984	über 30.000*		8.307

* Diese Gliederungen sind neu und gelten ab 2014

Bezüge der anderen GemeindefunktionärInnen

Prozentsatz vom BürgermeisterInnenbezug, monatlich, 14 x im Jahr

VizebürgermeisterIn: je 30%

FinanzreferentIn: 30%

StadträtInnen: je 20 %

Ausschussvorsitzende: max. 20%

Neu: OrtsteilbürgermeisterIn: 30% des Bürgermeisterbezugs, der der EinwohnerInnenzahl des Ortsteiles entspricht.

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet. Unsere Internetadresse: www.kpoe-steiermark.at



Wir wünschen allen Flatschacherinnen und Flatschachern einen erholsamen Urlaub und einen schönen Sommer!

Erich Wilding,
die KPÖ-Landtagsabgeordneten
Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg
und die KPÖ

Gemeindezusammenlegung Spielberg - Flatschach

Das Land will, dass die Gemeinden Spielberg und Flatschach zusammengelegt werden. Nach den Vorstellungen von SPÖ und ÖVP sollen von den derzeit 542 bis zum Jahr 2015 nur mehr 285 Gemeinden übrig bleiben.

Dagegen gibt es Widerstand. Die „Steirische Gemeindeinitiative“ ist ein Zusammenschluss von über 120 steirischen Gemeinden, die mit der Gemeindestrukturreform des Landes Steiermark nicht einverstanden sind. Kernforderung der Initiative ist, dass Gemeinden vor einer Fusion eine verpflichtende Volksabstimmung durchführen müssen. Weiters soll gesetzlich verankert werden, dass Zwangsfusionen nicht möglich sind.

**Und bist du nicht willig,
so brauch ich Gewalt**

Man würde meinen, diese Forderungen müssten in einer Demokratie selbstverständlich erfüllt werden. Nicht so bei SPÖ und ÖVP. In der letzten Landtagssitzung wurde, gegen die Stimmen der KPÖ, die Anliegen der Gemeindeinitiative von SPÖ und ÖVP vom Tisch gefegt. Damit ist klar: Zuerst gibt es „Fusionsprämien“ bis zu 200.000 Euro pro Gemeinde und die Erhöhung der BürgermeisterInnenbezüge. Wenn diese „Lockangebote“ nicht ziehen, setzt das Land auf Zwangszusammenlegungen.

Spielberg - Flatschach

In Flatschach gab es eine BürgerInnenbefragung. Dabei haben sich 84,8% der BürgerInnen bei einer Wahlbeteiligung von 86,8% für die Eigenständigkeit ausgesprochen. Trotzdem wurde in der letzten Sitzung des Spielberger Gemeinderates die Vereinigung mit Flatschach ab 1.1.2015 beschlossen.

Der neue Gemeinename lautet Spielberg. KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding stimmte als einzige Fraktion gegen diesen Beschluss. Wir haben tiefes Misstrauen gegen die Fusionspläne des Landes. Denn hier stehen Einsparungen und nicht Verbesserungen im Mittelpunkt. Vor allem ist diese Vorgangsweise ganz einfach nicht demokratisch (siehe nebenstehenden Kommentar).

**Liebe
Flatschacherinnen
und Flatschacher!**

**Gemeindezusammenlegung:
Demokratie sieht
anders aus!**

Die KPÖ lehnt Gemeindezusammenlegungen nicht grundsätzlich ab. Aber die Fusion muss der Bevölkerung nutzen und von den GemeindebürgerInnen gewollt sein.

Gemeindezusammenlegungen müssen von unten wachsen - und das ist ein langfristiger Prozess. Dazu benötigt es eine offene und ehrliche Debatte und anschließend eine verbindliche Volksabstimmung in allen betroffenen Gemeinden.

Die Gefahr, dass durch Gemeindezusammenlegungen gewachsene Gemeindestrukturen zerstört werden ist groß. Die Infrastruktur von Klein- und Randgemeinden (Schulen Kindergärten...) ist gefährdet. Das wäre ein tiefer Einschnitt in die Lebensqualität der Menschen.

Das Misstrauen vieler Gemeinden gegen Fusionspläne ist sehr berechtigt. Denn bei der jetzigen sogenannten „Reform“ geht es nicht um Verbesserungen, sondern um Einsparungen.

Mit Lockangeboten und Zeitdruck will das Land Zusammenlegungen durchsetzen. Denn die Fusionsprämie des Landes ist nur bis Herbst befristet. Wir hören immer dass gespart werden muss. Wenn es aber darum geht, dass die Mächtigen ihre Vorstellungen durchsetzen, ist plötzlich ist sehr viel Geld vorhanden.

Dabei wird nicht geschaut was die einzelnen Gemeinden brauchen, sondern ist wer bereit dem Willen von Voves und Schützenhöfer nachzukommen. Geldsegen für die Willigen, Zwangsfusionierung für die anderen - so etwas wird auch Erpressung genannt.

Viele Gemeinden werden wohl noch schnell die Fusionsbeschlüsse fassen. Damit wird eine echte Diskussion über Vor- und Nachteile unmöglich. Der Wille der Bevölkerung bleibt sowieso auf der Strecke.

Immer wird über die Politikverdrossenheit der Menschen gejammert. Aber die kommt nicht von ungefähr. Oben wird alles getan um bestimmte Ziele durchzusetzen. Regt sich Widerstand, wird er niedergebügelt. Die Gemeindezusammenlegungen sind das beste Beispiel dafür.

Bei der Vereinigung mit Flatschach gab es im Vorfeld weder eine ausführliche Diskussion über Vor- und Nachteile, noch eine verbindliche Abstimmung. Über die FlatschacherInnen wird einfach drübergefahren. Für mich sieht Demokratie anders aus. Deshalb habe ich gegen die Gemeindezusammenlegung gestimmt

**meint KPÖ-Gemeinderat
Erich Wilding, Spielberg
Kontakt: erich.wilding@hotmail.com**





MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungswalze aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at



Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los.

Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift

Bitte unterschreiben und an die KPÖ-Knittelfeld-Spielberg schicken.